

Pressemitteilung

Marburg, den 26. Februar 2010

Rückfragen:

Jan Schalauske 0163-3618366

Oder Hajo Zeller

Hajo Zeller
Pressebeauftragter
Frankfurter Straße 15
35037 Marburg

Tel.: 06421-163873

Fax: 06421-175618

www.die-linke-marburg.de

hajo.zeller@die-linke-marburg.de

DIE LINKE entsetzt über Kirchhains Bürgermeister Kreisvorsitzender Jan Schalauske findet Kirchners Verhalten ungehörig.

Der Kreisverband der LINKEN zeigt sich entsetzt über die Aussagen des Kirchhainer Bürgermeisters Jochen Kirchner, der auf dem OP Wahltalk am 25.02. die Partei DIE LINKE mit der NPD gleichgesetzt hat. „Ein solches Verhalten ist einfach nur ungehörig und gefährlich“ erklärt der Kreisvorsitzende der LINKEN Marburg-Biedenkopf Jan Schalauske. „Anstatt die neuen und alten Nazis durch derartig absurde Vergleiche zu verharmlosen, wäre es besser, Herr Kirchner würde sich mit neofaschistischem Gedankengut in unserem Landkreis auseinandersetzen, wie u.a. mit den jüngsten Vorfällen im Lahntal.“

In Bezug auf die Behauptung Kirchners, DIE LINKE würde nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, verweist Schalauske auf die aktuelle bundesweite Sozialstaatsdebatte. Während die FDP-Fraktion im Bundestag mit einer Senkung der Hartz IV-Regelsätze den Sozialstaat noch weiter aushöhlen möchte, verteidigt DIE LINKE das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, indem sie sich für eine Überwindung von Hartz IV, mindestens aber eine Erhöhung der Regelsätze auf 500 € und einen Mindestlohn in der Höhe von 10 € einsetzt. Schalauske weiter: „Der Kampf für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ist nicht verfassungsfeindlich. Im Gegenteil. Angesichts der demagogischen Auslassungen von Guido Westerwelle über ‚spätromische Dekadenz‘ und von Roland Koch über Arbeitszwang für Hartz IV-Empfänger ist die Verteidigung des sozialen Charakters des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung dringend geboten. Die Feinde der sozialen Ausgestaltung der Verfassung sitzen in Berlin und Wiesbaden und nicht in der Kirchhainer LINKEN.“

Im Übrigen sollte sich Herr Kirchner diesbezüglich besser an die eigene Nase fassen. Wer wie der Kirchhainer Bürgermeister im Sommer 2009

streikende Erzieherinnen mit Abmahnungen einschüchtert, tritt die Koalitionsfreiheit im Grundgesetz und das verfassungsmäßig verbriefte Streikrecht mit Füßen.

Allerdings weiß Schalauske die Äußerungen von Kirchner politisch gut einzuordnen. Immerhin hat der ach so unabhängige Bürgermeister bei der Landtagswahl 2008 einen Wahlauf Ruf für Roland Koch unterzeichnet. Schalauske: „Wahrscheinlich hat sich Kirchner seinen Verbalausfall bei seinem politischen Freund Koch und der Landtagsfraktion der hessischen CDU abgeguckt. Die dortigen Abgeordneten überspielen ungenügende politische Antworten auch mit dumpfen Attacken und Ausgrenzungsversuchen gegenüber der LINKEN.“

Wundern kann sich Schalauske nur über die Grünen in Kirchhain: „Wie die Grünen einen solchen Bürgermeister stützen können, ist für mich nicht nachvollziehbar.“ Schließlich bleibe nur zu hoffen, dass ein Bürgermeister, der, anstatt sich auf die Lösung der sozialen Probleme der Menschen zu konzentrieren, sich mit billigem Populismus auf Stimmenfang in den Wahlkampf begibt, am Sonntag die längste Zeit Bürgermeister in Kirchhain gewesen ist, so Schalauske abschließend.